

Das Landesforum 2018 der DVPB NW

Ausgebucht war das diesjährige Landesforum der DVPB NW am 30.10.2018 im Veranstaltungszentrum der Ruhr-Universität Bochum. Beim Landesforum, das in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW stattgefunden hat, haben die fast 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über das Thema „Wirtschaft gesellschaftspolitisch gestalten?! – Sozioökonomische Bildung in der politischen Bildung“ diskutiert.

Das Eingangsreferat hielt Prof. Dr. Reinhold Hedtke (Universität Bielefeld). In seinem Vortrag „Wirtschaft gestalten lernen – Partizipatorisches Potential oder pädagogisches Placebo?“ stellte Hedtke Thesen vor, die anschließend in Stehtisch-Diskussionsrunden diskutiert und im Plenum später von Hedtke kommentiert wurden. Als problematisch wurde z.B. die mangelnde Transparenz bei der Entwicklung von Lehrplänen diskutiert, der durch Maßnahmen wie die Durchführung öffentlicher Sitzungen der Lehrplankommission, eine Offenlegung der Sitzungsprotokolle und der Einführung eines Lobbyregisters entgegengewirkt werden könnte.

Nach der Mittagspause konnten die Teilnehmenden in zehn Workshops die Diskussion vertiefen und erweitern. Folgende Workshops wurden angeboten:

- Aktuelle Fragen der Geldpolitik (Ralf Zimmermann, Dr. Harald Loy, Deutsche Bundesbank)
- Digitalisierung, new work und der Einzelne. „We haven't seen anything yet!“ (Jan-Frederik Kremer, Friedrich-Naumann-Stiftung NRW)
- Verbraucherbildung als Aufgabe der ökonomischen Bildung? Konzepte, Ziele und Inhalte im Vergleich (Franziska Wittau, Universität Bielefeld)
- Der Wandel der Arbeitswelt als Thema der politischen Bildung (Dr. Eva Bockenheimer, Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW)
- Wem nutzt die Potentialanalyse? (Prof. Dr. Bettina Zurstrassen, Universität Bielefeld)
- Ökonomische Alltagssituationen erforschen – Wirtschaftsunterricht handlungs-

und schülerorientiert in der Sekundarstufe I (Oliver Krebs, Pestalozzi-Gymnasium Unna)

- Radikal gerecht oder Gerechtigkeit für niemand? Zur Inszenierung von Kontroversität in der sozioökonomischen Bildung am Beispiel des Bedingungslosen Grundeinkommens (Dr. Kuno Rinke, Andreas Wüste, Redaktion Politisches Lernen)
- Ökonomische Verhältnisse und Diskriminierung – ein Thema in Schule und Unterricht (Dana Mayer, Bildungsstätte Alte Schule Anspach)
- Verbraucherbildung als neue Aufgabe? Die politisch-ökonomische Bildung in NRW zwischen mangelndem Zutrauen und neuen Herausforderungen (Prof. Dr. Birgit Weber, Universität Köln)
- Die Schülerfirma als Element sozioökonomischer Bildung: Sozial und ökologisch Wirtschaften (Dr. Moritz Haarmann, Universität Hannover)

Zentrale Ergebnisse der Workshops wurden am Ende der Veranstaltung in Form einer Zeichentechnik präsentiert, für die die Gestaltungstechnikerin und Fachseminarleiterin Daniela Werth (ZfsL Dortmund) gewonnen werden konnte.

Vorge stellt hat die DVPB NW im Rahmen des Landesforums auch die Postkarten-Aktion „Ich bin nicht neutral“ mit der ein Statement gegen die AfD-Meldeplattformen gesetzt werden soll (vgl. <https://dvpb-nw.de/>). Die Aktion, die positiv aufgenommen wurde, wird mit Hilfe der Spenden von Workshop-Dozenten und -Dozentinnen finanziert. Die Druckvorlage kann interessierten Landesverbänden anderer Bundesländer zur Verfügung gestellt werden.

In der Mitgliederversammlung berichtete der Vorstand der DVPB NW über aktuelle Entwicklungen (Re-Launch der Homepage, Politisches Lernen etc.) und diskutierte mit den Mitgliedern über Maßnahmen für das Jahr 2019. Eine erfreuliche Nachricht war, dass die Mitgliederentwicklung positiv verläuft und es gelingt, neue Mitglieder zu gewinnen.

Bettina Zurstrassen, Vors. DVPB NW

Gemeinsame Stellungnahme von GPJE, DVPB und DVPW-Sektion zur AfD-Meldeplattform „Neutrale Schulen“

Zahlreiche Landesverbände der Alternative für Deutschland (AfD) wollen sich der Hamburger Fraktion mit ihrer Aktion „Neutrale Schulen“ anschließen. Nahezu bundesweit sollen Schüler*innen und Eltern künftig Lehrkräfte auf einer Website melden können, die das Neutralitätsgebot vermeintlich verletzen. Entsprechende Meldungen will die AfD von der Schulbehörde als „Neutralitätsverstöße“ überprüfen lassen, damit „ggf. disziplinarische oder arbeitsrechtliche Maßnahmen“ gegen Lehrkräfte ergriffen werden können.

Damit missbraucht die AfD die Grundsätze des 1976 vereinbarten und von allen politischen Bildner*innen geteilten Beutelsbacher Konsenses. Dessen Grundsätze fordern die sachliche Auseinandersetzung mit den in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit vertretenen Positionen. Weder das dort verankerte Kontroversitätsgebot noch das gleichrangig zu behandelnde Überwältigungsverbot begründen eine „Neutralität“ oder gar Toleranz gegenüber demokratieverachtenden Parolen oder menschenfeindlichen Äußerungen.

Im Gegenteil: Kontroverse Positionen können nur so lange als gleichberechtigte Stimmen im demokratischen Diskurs anerkannt werden, wie sie mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) in Einklang stehen, auf deren „Grenzen“ sich auch die AfD beruft. Verletzen Positionen hingegen demokratische Grundwerte, so dürfen und sollen sie von Lehrkräften als antidemokratische Haltungen kritisiert werden. Lehrer*innen sind verpflichtet, Stimmen und Stimmungen im Unterricht nicht unwidersprochen zu lassen, die sich gegen zentrale Grundrechtsartikel wie Artikel 1 Absatz 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar.“) und Artikel 3 Absatz 1 („Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“) oder gegen zentrale Verfassungsprinzipien wie das Rechtsstaatsgebot oder die Gewaltenteilung (Art. 20 GG) richten.

Wer etwa den Einsatz von Schusswaffen gegen Geflüchtete an der Grenze erwägt (von Storch), das Berliner Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ bezeichnet (Höcke), die in Deutschland lebenden Türk*innen als „Kameltreiber“ diffamiert (Poggenburg) oder die einstige Integrationsbeauftragte, Aydan Özoguz, „in Anatolien entsorgen will“ (Gauland), bewegt sich nicht mehr auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wer Alexander Gaulands Bemerkung, die zwölf Jahre Nazizeit seien nur ein „Vogelschiss“ in der 1.000-jährigen Geschichte Deutschlands, unwidersprochen lässt, bahnt völlig abwegigen Geschichts-

deutungen den Weg. Auch wenn AfD-Politiker und -Politikerinnen den Mord an sechs Millionen Juden und Jüdinnen sowie 50 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg relativieren, müssen Lehrkräfte dem im Unterricht widersprechen.

Die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE), die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und die Sektion Politikwissenschaft und Politische Bildung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) verurteilen das Vorgehen der AfD als zutiefst undemokratisch. Wer – wie die Hamburgische AfD-Fraktion – zu Meldungen aufruft, die anonym erstattet werden können, hat kein aufrichtiges Interesse an Klärung, sondern will Lehrkräfte, die eine AfD-kritische Haltung artikulieren, einschüchtern und mundtot machen. Zugleich verbreitet die AfD-Fraktion Hamburg eine unhaltbare Fehlinterpretation des Grundkonsenses der politischen Bildung.

GPJE, DVPB und DVPW-Sektion fordern ihre Mitglieder und alle Lehrerinnen und Lehrer dazu auf, sich von der politischen Rhetorik der AfD nicht blenden und einschüchtern zu lassen. Solange Lehrkräfte andere Positionen im Unterricht zulassen, dürfen sie weiterhin ihre eigene Position artikulieren. So hat auch die Bremer Landesregierung – nachdem die AfD dort eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen einen Lehrer eingereicht hatte – festgestellt: „Lehrer dürfen Mitteilungen von Parteien kritisch zerpfücken, historisch Parallelen ziehen und sie in einen Kontext stellen.“ Als demokratische Lehrer*innen sind sie darüber hinaus dazu verpflichtet, gegen antipluralistische, diskriminierende und geschichtsrevisio-nistische Tendenzen einzutreten.

Um Schülerinnen und Schüler über solche der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zuwiderlaufende Haltungen aufzuklären, ihnen demokratische Werte zu vermitteln und ihre politische Urteilsfähigkeit, Widerstandskraft und Zivilcourage gerade im Umgang mit aktuellen antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft zu stärken, brauchen wir mehr Unterrichtszeit für politische Bildung an Schulen sowie entsprechend qualifizierte Fachlehrkräfte. Erforderlich ist zudem eine nachhaltig verbesserte Ausstattung der Institutionen und Träger außerschulischer politischer Bildung in Deutschland. Darüber hinaus bedarf es gut ausgestatteter Professuren für politische Bildung, welche die Gelingensbedingungen demokratischer politischer Bildung erforschen, konzeptionell begründen und die Lehrkräfte auf ihre anspruchsvolle Aufgabe vorbereiten.

Prof. Dr. Monika Oberle
Sprecherin der GPJE

Prof. Dr. Dirk Lange
Bundesvorsitzender DVPB

Prof. Dr. Andrea Szukala
Sprecherin DVPW-Sektion Politik-
wissenschaft und Politische Bildung